

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Konjunktur - Tarifabschlüsse -  
Luftverkehr - EG-Zentralbank - Mehrwertsteuer**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: Konjunktur - Tarifabschlüsse - Luftverkehr - EG-Zentralbank - Mehrwertsteuer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 12, pp. 589-590

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136703>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

**Konjunktur**  
**Impulse aus der Einigung**

---

Nach den jüngsten Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung befindet sich die westdeutsche Wirtschaft in einem anhaltenden Konjunkturhoch. Im dritten Quartal lag die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts im Vorjahresvergleich bei 5 1/2% – was für das gesamte Jahr einen Zuwachs von rund 4 1/2% erwarten läßt –, die Zahl der Erwerbstätigen war um reichlich eine Dreiviertelmillion höher als ein Jahr zuvor, und die Arbeitslosigkeit sank trotz weiterer Zunahme des Arbeitskräftepotentials spürbar. Beträchtliche Impulse gingen von der regen Investitionstätigkeit in Westdeutschland aus; die hohe Kapazitätsauslastung veranlaßte die Unternehmen verstärkt zur Erweiterung der Produktionsanlagen. Nach Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion kam es zudem zu einem erheblichen Nachfragestoß aus der ehemaligen DDR. Da diese in der Gesamtrechnung noch als „Ausland“ gilt, fand er seinen Niederschlag in einem kräftigen Anstieg der Ausfuhr. Schon wegen der hohen Kapazitätsauslastung war eine Mehrnachfrage solchen Ausmaßes nicht ohne erhebliche Rückgriffe auf das Ausland zu bewältigen, so daß auch die Einfuhr deutlich zunahm.

In der ehemaligen DDR kam es dagegen nach der Jahresmitte zu einem regelrechten wirtschaftlichen Einbruch. Trotz erheblicher nachfragegestützter Transferleistungen aus Westdeutschland sanken dort Produktion und Beschäftigung beträchtlich, und die Zahl der Arbeitslosen schnellte deutlich in die Höhe. Ein wesentlicher Grund dafür war die schwindende Akzeptanz ostdeutscher Produkte. Insofern besteht zwischen dem kräftigen Konjunkturanstieg in den alten und dem Einbruch in den neuen Bundesländern ein unmittelbarer Zusammenhang; die drastisch erhöhte Nachfrage nach Westwaren stärkte hier die Konjunktur, beschleunigte dort aber den wirtschaftlichen Niedergang. ew

---

**Tarifabschlüsse**  
**Differenzierung vordringlich**

---

Die Pause nach der Sommer-Lohnrunde in der ehemaligen DDR war nur kurz. Fast alle damals geschlossenen Lohn- und Gehaltsverträge – die wichtigste Ausnahme hiervon bildet der öffentliche Dienst – sind schon zur Jahreswende wieder kündbar. Einige sind gekündigt, und ein erster Abschluß wurde bereits getätigt. Wiederum spielt das Versicherungsgewerbe die Vorreiterrolle. Hier

wurde zum 1. 1. 1991 ein Anstieg der tariflichen Entgelte um 30% auf dann 60% des westdeutschen Niveaus vereinbart.

Eine derart kräftige Tarifierhöhung wird nur in einzelnen Branchen zu verkraften sein, die schon stark expandieren. Es besteht jedoch die Gefahr, daß von dem Abschluß im Versicherungsgewerbe erneut Signalwirkung ausgeht. Nochmalige hohe Lohnsteigerungen auf breiter Front würden das Ingangkommen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Ländern erschweren. Damit würden zusätzlich Arbeitsplätze unrentabel, und der Anstieg der Arbeitslosigkeit würde sich beschleunigen. Notwendig wäre daher in Branchen, in denen sich der Schrumpfungprozeß noch fortsetzt, ein Aufschub neuer Lohnverhandlungen auf Mitte oder Ende 1991.

Zu begrüßen ist, daß der Abschluß im Versicherungsgewerbe anders als im Sommer keinen festen Steigerungsbetrag für die unteren Gehaltsgruppen enthält. Der Abschied der Tarifpartner in den neuen Ländern von Pauschalbeträgen, die die ohnehin stark nivellierte Lohnstruktur noch mehr einebnen und Arbeitsplätze in den unteren Gruppen gefährden, ist überfällig. Vordringlich ist eine größere Lohndifferenzierung, wie sie etwa die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten gefordert haben. Um Leistungsanreize zu bieten, müssen die Entgelte mehr als bisher nach Qualifikationen differenziert werden. Zudem sollten Unterschiede in der Ertragskraft zwischen einzelnen Branchen und Regionen stärker berücksichtigt werden. sp

---

**Luftverkehr**  
**Deutsch-deutsche Ehe?**

---

Die Anzeichen mehren sich, daß es doch noch zu einer deutsch-deutschen Ehe der Interflug mit der Lufthansa kommt. Das Bundeskartellamt hatte bisher für einen Aufschub der Entscheidung gesorgt, weil eine weitere Verstärkung der ohnehin marktbeherrschenden Stellung der Lufthansa gefürchtet wurde. Zu Recht vertrat das Amt dabei den Standpunkt, daß in Deutschland Platz für zwei starke Fluggesellschaften ist – im Falle der Interflug aber wohl nur mit einem potenten ausländischen Partner. Nun ist es nicht Aufgabe der Kartellbehörde, einen solchen Partner zu finden; die anderen Beteiligten jedoch schienen sich, wenn überhaupt, eher halbherzig auf die Suche gemacht zu haben. Inzwischen drängt aber die Zeit.

Den politisch Verantwortlichen im Verkehrsministerium käme ein Zusammenschluß von Interflug und Luft-

hansa wohl entgegen, und ob das Berliner Amt diesen untersagen wird, wenn keine Alternative sichtbar ist, bleibt abzuwarten. Ohnehin scheinen die Landrechte der Interflug von geringerer Bedeutung zu sein, als ursprünglich angenommen wurde. Gleichwohl zeigt sich hier die Problematik manch deutsch-deutscher Zusammenschlüsse. Aufgrund der Sprache und der Marktkenntnis sind es vor allem westdeutsche Unternehmen, die an ostdeutschen Partnern Interesse zeigen. Zum Aufbau wettbewerblicher Marktstrukturen wäre es aber wünschenswert, mehr ausländische Käufer zu finden, gerade auf einem Markt mit hohen institutionellen Zutrittsschranken wie dem des Luftverkehrs. Dafür bedarf es freilich aktiver Suche. Hier ist die Treuhand gefordert.

Auch auf einem anderen Weg könnten die Wettbewerbsprobleme verringert werden. Eine regelmäßige Verstärkung der Landrechte auf den Berliner Flughäfen würde den Zutritt potentieller Wettbewerber erleichtern und die negativen Folgen eines Zusammenschlusses Luftansa-Interflug vermindern. kra

---

### EG-Zentralbank Dorniger Weg

---

Die EG-Finanzminister haben den „Entwurf für das Statut des europäischen Zentralbanksystems und der europäischen Zentralbank“ wohl grundsätzlich akzeptiert – was gewissen Korrekturbedarf nicht ausschließt. Rasch hatten sich die zwölf Notenbankchefs der EG-Länder über die Gestaltung des Statuts einigen können. Es enthält die notwendigen „essentials“ für eine solide Geld- und Haushaltspolitik. Vergleicht man die rechtliche Rahmenordnung von Bundesbank und künftiger Europäischer Zentralbank (EZ), so würde letztere sogar besser abschneiden: Während die Unabhängigkeit der EZ so etwas wie „europäischen Verfassungsrang“ hätte und nur einstimmig von den EG-Ländern korrigiert werden könnte, beruht die der Bundesbank auf einfachem Gesetz, das sich jederzeit durch einfache parlamentarische Mehrheiten abändern ließe. Zudem ist das Ziel der „Preisstabilität“ bei der EZ eindeutiger festgelegt als bei der Bundesbank, die „die Währung sichern“ soll. Entscheidend ist allerdings, wie die rechtlichen Rahmenordnungen in der Praxis mit Leben erfüllt werden.

Auch wenn das EG-Zentralbank-Statut als Markstein auf dem europäischen Einigungsweg bezeichnet wird, darf nicht vergessen werden, daß es sich nur auf die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion bezieht. Der Weg dorthin ist aber noch dornig. Nach einer neueren EG-Studie muß die Hälfte der Gemeinschaftsländer –

zum Teil noch sehr erhebliche – Anpassungen leisten. Übersehen werden darf auch nicht, daß die parlamentarische Ratifizierung des Statuts durchaus kein Selbstgänger ist. Beispielsweise sind eine der parlamentarischen Kontrolle entzogene Bank of England und Europäische Zentralbank für die politischen Formationen in Großbritannien gegenwärtig nicht vorstellbar. kr

---

### Mehrwertsteuer Bürokratisches Übergangsregime

---

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft haben sich auf eine Mehrwertsteuerregelung verständigt, die ab 1. 1. 1993, also mit Vollendung des Binnenmarktes, die Abschaffung der Kontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen für den gewerblichen Güterverkehr erlaubt: Diese Übergangsregelung hält am bisherigen Besteuerungsverfahren nach dem Bestimmungslandprinzip fest. Die Einführung der für den Binnenmarkt angemessenen Regelung nach dem „Gemeinsamen-Markt-Prinzip“, die grenzüberschreitende Transaktionen wie inländische (mit einem grenzüberschreitenden Vorsteuerabzug) behandelt, läßt damit auf sich warten und dürfte wohl kaum vor Ende 1996 erfolgen. Voraussetzung dafür ist die nicht leichte Einigung der Länder über den Harmonisierungsansatz. Hochsteuerländer werden weiter versuchen, eine Mehrwertsteuerregelung – wohl im Rahmen enger Bandbreiten – durchzusetzen, die sich an ihren Sätzen orientiert, und gegen wettbewerbsfreundliche gemäßigte Mindeststeuersätze opponieren. Steuerliche Entscheidungen bedürfen aber der Einstimmigkeit.

Die Übergangsregelung setzt für den Binnenmarkt zwar insofern ein Zeichen, als es keine Warteschlangen der LKW an den Binnengrenzen mehr geben wird. Das spart Kosten für die Wirtschaft. Auch der geplante Wegfall des „Einheitsdokuments“ bringt Erleichterungen. Allerdings tritt an die Stelle der Grenzkontrollen ein Informationsaustauschsystem der nationalen Steuerbehörden. Hierzu sind erhebliche kostenintensive EDV-Vorleistungs- und Abstimmungsarbeiten notwendig, und auch der laufende Betrieb wird sicherlich nicht billig. Auf die zum Teil entlasteten Unternehmen kommen beträchtliche neue Verwaltungskosten zu. Statt nun für die Übergangsphase den nationalen Steuerverwaltungen, wie es die Kommission vorschlug, das Recht einzuräumen, Stichproben zu erheben, wird ein bürokratisches, perfektionistisches Kontrollsystem etabliert, bei dem zwischen Aufwand und Zweck – die Verhinderung von Betrügereien – wohl kaum ein rechtes Verhältnis bestehen dürfte. hk